

Heiko Borchert (Hrsg.)

Weniger Souveränität – Mehr Sicherheit
Schutz der Heimat im Informationszeitalter
und die Rolle der Streitkräfte

Seit  1789

Verlag E.S. Mittler & Sohn GmbH
Hamburg · Berlin · Bonn

Inhalt

Heiko Borchert	7
Schutz der Heimat und die Rolle der Streitkräfte: Einleitung	
Heiko Borchert und Thomas Pankratz	17
Homeland Security aus europäischer Perspektive	
Richard A. Teltschik	39
Homeland Security aus US-amerikanischer Perspektive	
Anja Dalgaard-Nielsen	59
Homeland Security and the Role of the Armed Forces: A Scandinavian Perspective	
Roman Schmidt-Radefeldt	76
Homeland Security durch Streitkräfte: Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen für innereuropäische Militäreinsätze	
Ralph Thiele	95
Intervention und die Sicherheit zu Hause in Deutschland: Transformation der Sicherheitspolitik unter neuen Vorzeichen	
René Eggenberger	116
Homeland Security, die Rolle der Streitkräfte und der neue Verteidigungsbegriff	
Gustav Gustenau	134
Sicherheitspolitische Aspekte der Homeland Security aus österreichischer Sicht oder Verteidigungspolitik versus Homeland Security: Zum Stand der Debatte in Österreich	
Thomas Dittler und Alfred Neubecker	147
Homeland Security und die Notwendigkeit eines gesamtheitlichen Sicherheitsansatzes	

René Eggenberger

Homeland Security, die Rolle der Streitkräfte und der neue Verteidigungsbegriff

*Der Mordanschlag vom 11. September 2001
auf das Welthandelszentrum in New York
und das Verteidigungsministerium in Washington
hat die Welt nicht verändert, sondern gezeigt,
wie sehr sie sich längst verändert hatte.
Ernst-Otto Czempiel¹³⁸*

Im Lichte der jüngsten Terroranschläge, der Schaffung eines Departement of Homeland Security in den USA und letztlich des Einsatzes von Teilen der Schweizer Armee als Ergänzung und Substitut der überdehnten kantonalen Polizeikräfte und des Grenzwachtkorps zur lagegerechten Sicherstellung der inneren Sicherheit¹³⁹ wurde die politische Diskussion um die Homeland Security (HLS) lanciert. Ein lang andauernder und verstärkter Einsatz von Truppen im Innern hat nicht nur unmittelbaren Einfluss auf die Bereitschaft, sondern mit Blick auf die Weiterentwicklung der Streitkräfte auch eine planerische Komponente. Damit drängt sich auch aus militärischer und streitkräfteplanerischer Sicht eine grundsätzliche Diskussion über die Rolle der Streitkräfte im HLS-Rahmen auf.

Ziel dieses Beitrages ist es, auf der Grundlage einer spezifisch für diese Fragestellung durchgeführten Analyse des Umfeldes und der daraus abgeleiteten erweiterten Auslegung des Sicherheitsbegriffes den Wandel des Begriffes „Verteidigung“ zu diskutieren. Aufgrund einer als umfassend zu definierenden Verteidigung werden erste Lösungsansätze für die Ausgestaltung der Streitkräfte der Zukunft vorgeschlagen. Aus staatspolitischen und rechtlichen Überlegungen

¹³⁸ Ernst-Otto Czempiel, *Weltpolitik im Umbruch. Die Pax Americana, der Terrorismus und die Zukunft der internationalen Beziehungen*, 2. Auflage (München: Verlag C.H. Beck, 2002), S. 10.

¹³⁹ Gemäß Bundesratsbeschluss vom 6. November 2002 soll die Schweizer Armee verstärkt und lange dauernd zur subsidiären Unterstützung der Polizei und des Grenzwachtkorps eingesetzt werden. Die Entscheidung fiel nicht zuletzt wegen der fehlenden finanziellen Mittel zur Aufstockung der kantonalen Polizeikorps bzw. des Grenzwachtkorps.

wird der Streitkräfteeinsatz im Innern im Sinne der Subsidiarität nach wie vor befürwortet. Mit Bezug auf die Vorstellung, dass Einsätze grundsätzlich wirkungsorientiert sein müssen, wird das in der Schweiz nicht zuletzt aus föderalistischen Überlegungen angewandte lineare Eskalationsmuster für den Mitteleinsatz in Frage gestellt und an dessen Stelle ein fähigkeitsbezogenes, vernetztes und zentral geführtes Vorgehen vorgeschlagen.¹⁴⁰ Je nach Art der Ausprägung und der Tiefe der zu erfüllenden Aufgaben sind differenzierte Fähigkeiten aufzubauen, die sowohl Umfang, Anforderungen an das Personal und die Ausrüstung direkt betreffen. Der Zusammenhang zwischen innerer und äußerer Sicherheit lässt es aber als ratsam erscheinen, auch eine ausgreifende, für die internationale Kooperation vorgesehene Komponente bereitzustellen. In diesem Zusammenhang stellt sich mit Blick auf die national begrenzt zur Verfügung stehenden Ressourcen zur Wahrnehmung der eigenen Interessen und Ambitionen die Frage der Aufgabenteilung und Rollenspezialisierung in internationaler Kooperation.

Von der Staatenwelt zur Gesellschaftswelt¹⁴¹

Der Wandel des Begriffs „Sicherheit“ hängt eng mit dem Auftreten neuer Akteure auf der Weltbühne zusammen. Von Politik und Gesellschaft mit Argwohn und offener Ablehnung begleitet, kündeten sich in den Sechzigerjahren des letzten Jahrhunderts die multinationalen Konzerne als neue und mächtige, agile, sich jeglicher staatlicher bzw. öffentlicher Rolle entziehen zu wollende Mitspieler an. Deren Teilhabe ist mittlerweile von der Politik stillschweigend akzeptiert.

In ähnlichem Sinne treten zwei neue Akteurguppen um die Neuverteilung der Macht ins Rampenlicht: In den gefestigten Staaten sind es die Bürger, die vermehrt mitbestimmen wollen. In schwachen Staaten sind es vor allem Kommandanten von in Auflösung begriffenen Teilen von Streitkräften, Söldnertruppen oder Warlords, die als nichtstaatliche Akteure ihren Machtanspruch und ihre Position zur persönlichen Bereicherung geltend machen.

Der Siegeszug der Demokratie nach Ende des Zweiten Weltkrieges mit den neu gewonnenen Freiheiten des Individuums hat es ermöglicht, dass Bildung und Ausbildung, verknüpft mit den neuen technologischen Möglichkeiten, rasch

¹⁴⁰ Siehe hierzu auch den Beitrag von Heiko Borchert und Thomas Pankratz in diesem Band.

¹⁴¹ Diese Analyse basiert vornehmlich auf den Überlegungen von Ernst-Otto Czempel, *Weltpolitik im Umbruch. Die Pax Americana, der Terrorismus und die Zukunft der internationalen Beziehungen*, 2. Auflage (München: Verlag C.H. Beck, 2002) und Herfried Münkler, *Die neuen Kriege* (Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 2002) sowie interner, nicht veröffentlichter Studien des Planungsstabes der Schweizer Armee

über viele Informationen zu verfügen, eine Verschiebung von staatlicher Macht auf den einzelnen Bürger stattfinden konnte. Die mediale Durchdringung unserer Gesellschaften mit Echtzeitinformation lässt dem Staat allenfalls noch einen zeitlichen Informationsvorsprung in ganz bestimmten Bereichen; außerhalb seines Vermögens steht hingegen die lückenlose Kontrolle der Informationsflüsse. Statt Unterordnung verlangt der Bürger Partizipation – er will an den Entscheidungen teilhaben. Interessen- und Personengruppen, die sich heutzutage relativ rasch und einfach übers Internet gruppieren und wieder auflösen, um in anderer Zusammensetzung mit neuen Zielen erneut aufzutreten, beteiligen sich zunehmend und mit unterschiedlichem Einfluss am Weltgeschehen.

In schwachen Staaten, in denen die Kontrolle über das eigene Staatsgebiet verloren gegangen ist oder zu gehen droht, ist es für den Staat nicht mehr möglich, Steuern zu erheben und daher weder seine Machtinstrumente zur Gewährung von Sicherheit zu finanzieren noch die damit verknüpfte, stabilisierend wirkende Wohlfahrt zu begründen. In der Regel werden diese Vorgänge durch Korruption verstärkt, was die mageren Staatsmittel zusätzlich schmälert. Wenn der Staat Sicherheit nicht mehr garantieren kann, übernehmen in aller Regel andere unter Eintreibung von Schutzgeldern diese Aufgabe: Es sind dies reguläre Streitkräfte, die nicht mehr bezahlt werden können, Warlords, ausländische Söldnertruppen, lokale Kommandanten zerfallender regulärer Truppen mit Hang zu kriminellen Verbindungen, paramilitärische Gruppen, etc. Mit der Finanzierung über die Plünderung von Rohstoffvorkommen, mittels Geldern aus Drogenhandel usw. entstehen neue Gelüste und Prioritäten in Form der persönlichen Bereicherung. Damit nimmt das Interesse an einem funktionierenden Staat bzw. an dessen Wiederaufbau und die durch ihn garantierte Sicherheit weiter ab. Exakt dieses Umfeld trägt mit dazu bei, dass sich private Konzerne in instabilen Weltregionen eigene Sicherheitskräfte halten. Eine ähnliche Entwicklung zeichnet sich auch bei den Staaten ab: Oftmals ist es für Staaten, die enger demokratischer Kontrollen durch ihre Bürger ausgesetzt sind, politisch opportun oder aus Effizienzüberlegungen sinnvoll, sich nicht mit offiziellen Streitkräften in einer bestimmten Krisenregion oder einem Konflikt zu engagieren, sondern so genannte Private Military Companies zu verpflichten. Diese Entwicklung trägt den Keim in sich, den Trend der Privatisierung staatlicher Gewalt zu verstärken und diesen indirekt zu legitimieren.

Die hier beschriebenen Vorgänge sind Qualitätsmerkmale einer Gesellschaftswelt, die sich von der alten Staatenwelt unterscheidet. Jenseits dieser ent-

steht offensichtlich eine Welt, deren Interaktionen zunehmend von gesellschaftlichen Akteuren geprägt und bestimmt werden.

Diese Welt wird ihre Regeln selbst setzen. Die Nationen bleiben zwar immer noch die wichtigsten Akteure im internationalen System, aber sie sind nicht mehr die einzigen und nicht immer die stärksten. In dieser Welt, wie sie hier skizziert ist, erhalten Begriffe wie „Sicherheit“, „innen und außen“ und „Verteidigung“ eine neue Bedeutung, die den Sicherheitsinstrumenten der Staaten, insbesondere den Streitkräften, eine neue Rolle mit neuen Gewichtungen zuordnen werden.

Ein umfassender Sicherheitsbegriff

Mit der Abnahme von objektiv fassbaren bzw. mit der subjektiv empfundenen Abwesenheit von äußerer Bedrohung, der Verbannung des Krieges an die Außengrenzen Europas und der zunehmenden Wohlfahrt des Einzelnen musste der Begriff Sicherheit einen Wandel vollziehen. Klar ersichtlich wird diese Veränderung, wenn man sich Rechenschaft über den Bedeutungswandel der Dimensionen von Sicherheit und deren Ausprägungen gibt. Es ist unverkennbar, dass in den westlich geprägten Gesellschaften der Stellenwert der militärischen Dimension der Sicherheit gegenüber der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, technologischen, politischen und ökologischen abgenommen hat. Das klassische Verständnis von Sicherheit hat sich stark ausgeweitet und vom kriegerischen Gewaltgedanken – soweit die persönliche Sicherheit durch kriminelle Akte nicht betroffen ist – zunehmend gelöst. Auf viele der oben dargestellten Dimensionen von Sicherheit besteht, erstens, ein universeller Anspruch. Zweitens ist unverkennbar, dass Sicherheit am ehesten durch Prävention zu erreichen ist und, drittens, kann festgestellt werden, dass sich das Objekt Sicherheit von den Staaten zunehmend auf den Menschen verschoben hat. Sicherheit ist nicht länger eine ausschließlich mit dem Nationalstaat verknüpfte, sondern in zunehmendem Maße eine dem Individuum und der Gesellschaft zuzuordnende Größe.

Die Untrennbarkeit von innerer und äußerer Sicherheit: „Kleine Kriege“ und „Neuer Terrorismus“

Die „Kleinen Kriege“

Die Trennung von „innen und außen“ hängt eng mit dem nach der westfälischen Friedensordnung entstandenen Nationalstaat zusammen. Dieser nimmt sechs

Grenzziehungen¹⁴² vor: Erstens definiert er territoriale Grenzen; damit wird „innen und außen“ präzise unterscheidbar. Somit ist auch eine klare Unterscheidung zwischen „Innenpolitik“ und „Außenpolitik“, deren Instrumenten Polizei und Streitkräfte sowie die Frage der Zuständigkeitsbereiche – zumindest im Verfassungsstaat – hinreichend festgelegt. Zweitens lassen sich Regeln über zulässige und nicht zulässige Formen der Gewaltanwendung aufstellen; Gewaltanwendung kann entweder als kriegerische Handlung oder als krimineller Akt eingeordnet werden. Drittens kann eindeutig zwischen „Krieg“ und „Frieden“ unterschieden werden, dazwischen gibt es kein „Drittes“. Krieg wird mit einer Kriegserklärung eingeleitet, und der Friedensschluss beendet den Krieg; Beginn und Ende sind festgelegt. Viertens erhebt der Staat den Anspruch, zu bezeichnen, wer „Freund“ und wer „Feind“ ist. Im Sinne der Ergänzung dieser Grenzziehungen ist darauf hinzuweisen, dass, fünftens, als Folge davon, eine eindeutige Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nicht-Kombattanten getroffen werden kann. Letztlich kann mit Bezug auf die klare Unterscheidung zwischen Krieg und Frieden auch eindeutig zwischen Erwerbsleben als Friedensaktivität und Gewaltanwendung im Sinne der Kriegführung differenziert werden.

Mit dem Wandel von einer Agrargesellschaft zur Industriegesellschaft und zu etwas, was man heute als Informationszeitalter oder Beginn der „Postmoderne“ bezeichnet, hat die Bedeutung des Besitzes von Territorium eine Änderung erfahren. Selbstverständlich ist Territorium nach wie vor zwingend, um den Staat zu begründen; Wohlstand kann heute allerdings ohne territoriale Expansion sichergestellt werden. Ganz dieser Logik folgend, haben zwischenstaatliche Kriege an Zahl und Bedeutung abgenommen. Ein weiterer Grund für die Abnahme zwischenstaatlicher Konflikte ist ermittelbar: Das gesellschaftliche Interesse konzentrierte sich nach den verheerenden Kriegen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts im Zuge der Demokratisierung offensichtlich auf die Wohlstandsvermehrung. Wirtschaftliche Wohlfahrt wurde zum wichtigsten Politikbereich in den Demokratien; die Sozialpolitik setzte fortan den Akzent im Bereich der Sicherheit. Dank den zur Verfügung stehenden technologischen und den herrschenden ökonomischen Bedingungen konnte die Wohlstandsvermehrung ohne territoriale Expansion sichergestellt werden.¹⁴³

Kriege sind lokal und innerstaatlich geworden, was nicht gleichbedeutend mit Unbetroffenheit der Außenstehenden ist. Diese Kriege – man nennt sie „Kleine Kriege“ – sind kostengünstig zu führen, da in verschiedenen Weltregio-

¹⁴² Münkler, *Die neuen Kriege*, S. 68-75.

¹⁴³ Czempiel, *Weltpolitik im Umbruch*, S. 23.

nen Handfeuerwaffen und Waffen aus Restbeständen der ehemaligen Streitkräfte der Blöcke im Zuge des Abbaus ihrer Truppenstärken erhältlich und günstig erwerbbar wurden. Allerdings werden die Kosten nicht in vollem Umfang von den Kriegsparteien getragen, sondern externalisiert: Die Gewinne der geführten Kriege werden privatisiert und die Kosten sozialisiert. In der Auseinandersetzung zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren fehlt zudem wegen der Nichtanwendbarkeit des Kriegsvölkerrechts jegliche Regelerorientierung.

Es besteht zudem im Rahmen der Finanzierung der „Kleinen Kriege“ ein eindeutiger Zusammenhang zwischen diesen Konflikten und der Organisierten Kriminalität. Die Untersuchung, wie die Ressourcen fließen, gibt Auskunft darüber.¹⁴⁴ Geld kann aus dem Land selbst in Form von Schutzgeldern oder Einkünften aus Handel mit Rohstoffen, Edelsteinen, Drogen, Waffen sowie durch Menschenschmuggel und Frauenhandel erpresst bzw. gelöst werden. Eine noch untergeordnete Rolle mögen der Organhandel und der Handel mit giftigen Abfällen spielen. Erlöse aus dieser Art von Geschäften müssen mittels Geldwäsche kaschiert werden. Zusätzlich können Überweisungen von auswärts durch fremde Regierungen, die Familie, den Clan oder die direkte Unterstützung durch die Diaspora in Form von Geld und Waffen stattfinden. Schutzgelder oder Straßenzölle, die von Hilfsorganisationen oder Unternehmen erpresst werden, runden das Spektrum der Finanzierungsmöglichkeiten ab.

Der „Neue Terrorismus“

Terrorismus war ursprünglich weitgehend ein Problem der inneren Sicherheit und in diesem Sinne eine nationale, polizeiliche Aufgabe. Dies galt solange, als sich Terrorismus auf klare politische Zielsetzungen konzentrierte: Die Täter waren bekannt, deren Motivation und die Ziele sowie die Opfer eindeutig definiert. Dies ließ gezielte Gegenmaßnahmen zu und sofern sich die Terroristen grenzüberschreitend bewegten, war die bestehende und eingespielte internationale Zusammenarbeit zwischen den Polizeikräften ausreichend. Der neue Terrorismus lässt sich nun allerdings nicht mehr wie oben beschrieben eingrenzen, da er sich aus der Gesellschaft selbst heraus organisiert und Teile der Gesellschaft bedroht. Bezogen auf die Täterrekrutierung, die von ihm ausgehende Bedrohung und die globale Unterstützung, ist der neue Terrorismus transnational. Seine Organisation entspricht nicht den bekannten Mustern hierarchischer Strukturen, sondern es handelt sich um sehr schwer fassbare Organisationsformen, die nur

¹⁴⁴ Mary Kaldor, *New and Old Wars. Organized Violence in a Global Era*, 2nd ed. (Cambridge: Polity Press, 2002), S. 90-111.

lose über soziale und wirtschaftliche Netzwerke miteinander verbunden sind. Nicht ein klares politisches Ziel, sondern eine Botschaft unter Inkaufnahme zahlloser unschuldiger Opfer, soll vermittelt werden. Adressaten sind Menschen in den Gesellschaften, nicht der Staat oder Staaten.

Die Verwischung der Grenze zwischen „innen“ und „außen“

In dem Maße, in dem die Bedrohungen immer mehr von nichtstaatlichen Akteuren ausgehen und damit grenzüberschreitend werden, werden sich innere und äußere Sicherheit annähern. Die Verquickung von „Kleinen Kriegen“ mit der Organisierten Kriminalität und der „neue Terrorismus“ lassen klassische, einseitig auf den Krieg zwischen Staaten fokussierte Strategien zunehmend ins Leere laufen. Traditionelles Sicherheitsdenken geht davon aus, dass durch die Erhöhung der militärischen Mittel die Sicherheit zu erhalten sei. Diese Strategie galt im Kalten Krieg. Von der Annahme ausgehend, dass heute vor allem instabile, schwache Staaten die Ursache für Unsicherheit darstellen, sollte eine Sicherheitsstrategie davon ausgehen, die Bedrohungen, Risiken und Gefahren erst gar nicht entstehen zu lassen, diese abbauen zu helfen und wo nötig mittels Intervention zur Stabilisierung und Wiederherstellung der staatlichen Ordnung beizutragen. Sicherheitsinstrumente müssen besser koordiniert, ressortübergreifend gebündelt und geführt werden. Die Staaten werden „Souveränität“, die heute durch die transnational geprägten Aktivitäten nichtstaatlicher Akteure unterlaufen wird, neu definieren müssen. Zum einen zwingt die neue Situation die heute jeweils zuständigen Organe zu einer viel dichteren und systematischeren, grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf immer mehr Stufen und auf immer mehr Feldern. Zum anderen schafft es Probleme für die Legitimation der traditionellen, jeweils auf eine einzige Aufgabe fokussierten Sicherheitsinstrumente wie die Streitkräfte. Genau diese Schwierigkeit wird gelöst, wenn die Einsicht in die synergetischen Effekte vernetzter Sicherheitsinstrumente zu greifen beginnt. Die Argumentation würde dann der Überlegung folgen, dass die Legitimation eines einzelnen Instrumentes über den Zusatznutzen in der Vernetzung begründet liegt.

Prävention wird vor allem gefragt sein. Diese bedingt grundsätzlich andere Mittel als Streitkräfte, wenn man einmal von einer strategischen Konzeption der Abschreckung absieht. Prävention ist allerdings in vielen Fällen nur im Schutz von Streitkräften möglich und kann oftmals durch deren Fähigkeiten sinnvoll ergänzt werden.

Mit der zunehmenden Privatisierung der Gewaltanwendung wird die Grundlage des gültigen Kriegsvölkerrechts untergraben; die Durchsetzung der Regeln gegenüber nichtstaatlichen Gewaltakteuren wird durch die Tatsache verunmöglicht, dass jene keine Subjekte im Sinne des Kriegsvölkerrechts darstellen. Gleichzeitig wird der Neutralität, die sich auf Staaten und das Verhalten von Staaten untereinander bezieht, der völkerrechtliche Boden entzogen. Neutralität wird bedeutungslos werden, da sie in einer Welt mit zunehmender Zahl nichtstaatlicher Gewaltakteure ihre Legitimation verlieren wird.

Das Erkennen dieser Zusammenhänge öffnet neue Ansatzpunkte für die Eindämmung kleiner Kriege über das gezielte Unterbinden der Finanzierungskanäle. Wenn diese Möglichkeiten tatsächlich erfolgversprechend sind, offenbart sich die Notwendigkeit, neben den klassischen, außen gerichteten Sicherheitsinstrumenten Diplomatie und Militär auch Spezialkräfte, Entwicklungshilfe, Wirtschaftsförderung und Polizeikräfte einzusetzen und zu koordinieren.

Zunehmende Entkoppelung von Verteidigung und Territorium, eine Neuinterpretation und der Bedarf an einer umfassenden Strategie

In dem Maße, wie sich der Begriff „Sicherheit“ und die ihm zugrunde liegende Bedrohung bzw. Unsicherheit verändert, haben sich sowohl der Begriff „Verteidigung“ und in logischer Konsequenz auch die entsprechenden Instrumente zu wandeln. Sechs Gründe sprechen für eine kontinuierliche Loslösung des Begriffes „Verteidigung“ von seinem ursprünglichen Territorialbezug:

- Erstens kann territoriale Verteidigung nicht länger nur mit „Schutz des nationalen Territoriums“ gegen äußere Gefahren gleichgesetzt werden, sondern sie muss verstärkt mit Bewahrung von Kultur, zivilisatorischen Errungenschaften, Wohlstand, also dem Schutz der eigenen Wertegemeinschaft in Verbindung gebracht werden. Wenn dem so ist, sind die Grenzen geographisch am Rande der westlich geprägten Wertegemeinschaft zu verteidigen.
- „Verteidigung“ verändert sich zweitens inhaltlich: Es geht im dargestellten Zusammenhang weniger um die „Abwehr äußerer Feinde“ als vielmehr darum, „gestaltend und stabilisierend Einfluss auf das Umfeld zu nehmen“. Dies kann nur noch in pro-aktiver Form und im Verbund mit und in dieser Wertegemeinschaft verstanden werden.

- Diese interventionistische Vorgehensweise mit erdrückender Übermacht personeller und technologischer Art westlicher Streitkräfte rückt drittens unversehens das eigene „Hinterland“ mit seinen empfindlichen und sehr stark vernetzten Infrastrukturen in den Blickpunkt von betroffenen Individuen und Gruppen, die zum Terrorismus als Mittel des Schwachen greifen. Die Globalisierung und der damit zusammenhängende, beinahe ungehemmte und freie Verkehr von Kapital, Informationen, Gütern und Personen ermöglichen diese Verknüpfung von „innen“ und „außen“ zu einem immer weniger trennbaren Ganzen. Damit erhält „Verteidigung“ zunehmend eine innen gerichtete Komponente im Sinne des Schutzes von kritischen Infrastrukturen, aber auch des Wissens, dessen Anwendung und der Werte.
- Viertens sind die neuen Konfliktformen vielfach gesellschaftlichen Ursprungs, asymmetrisch und oftmals dem Spektrum des neuen, global agierenden, bezüglich der Täterschaft, deren Ziele und Motivation schwierig fassbaren Terrorismus zuzurechnen. In einem Umfeld, in dem der „Gegner“ weder physisch noch geographisch vordefinierbar ist, spielen territoriale Grenzen und damit die territoriale Verteidigung keine erstrangige Rolle mehr.
- Fünftens spielt heutzutage das Territorium zur Erwirtschaftung von Wohlstand in den hoch zivilisierten Industrie-, Dienstleistungs- und Wissensgesellschaften nicht dieselbe Rolle wie in einer ausschließlich auf Agrarprodukte oder Rohstoffe ausgerichteten Gemeinschaft. Die Interessenlage wendet sich zunehmend vom Territorialanspruch ab und fokussiert sich auf den freien Zugang zu Märkten und Rohstoffen, offene Handelswege und Informationsquellen, für alle zugängliche Kommunikationsnetze sowie eine verlässliche, gesicherte Rahmenordnung und Rechtssicherheit für alle.
- Sechstens wird das Schlachtfeld der Zukunft die Gesellschaft und das Gravitätszentrum deren Werte sein. Die Waffe im Kopf, nicht primär schweres Kriegsgerät, erhält eine neue Bedeutung: Ingenieurwissen wird zunehmend in destruktivem, terroristischem Sinne gegen die Schwachstellen jener Gesellschaften gerichtet, die dieses Wissen hervorgebracht und zu ihrer allgemeinen Wohlfahrt eingesetzt haben. Köpfe werden zu primären Zielen werden. In einem solchen Umfeld werden Frauen und Kinder ebenso als Akteure und nicht länger als Betroffene teilhaben. Diese Sichtweise geht von einer zunehmenden Ver-

wundbarkeit unserer post-industriellen Gesellschaften aus, die dadurch verschärft wird, dass das in diesen vorhandene Wissen und die Technologien, die für beinahe jedermann zugänglich, erhältlich und auch weitgehend privat finanzierbar sind, gegen eben diese Gesellschaften in gewalttätiger Absicht gerichtet werden können. Dabei wird davon auszugehen sein, dass insbesondere nichtstaatliche Akteure aus den Gesellschaften heraus in sie hinein wirken werden.

Aus dieser Sicht ergibt sich auch aufgrund der sich verändernden Interessen der Gesellschaften der Bedarf einer Neuinterpretation des Begriffs „Verteidigung“. Wenn nun allerdings die Gefahr unter Negierung von Landesgrenzen aus Gesellschaften mitten in die Gesellschaften hineingetragen wird und sich „Verteidigung“ nicht mehr auf den Raum allein beziehen soll, dann muss er auf eine neue Ebene gehoben werden. „Verteidigung“ muss sich auf das gesamte Spektrum der Sicherheit einer Gesellschaft beziehen. Sie wird zu einer gesamtgesellschaftlichen, präventiven, überwachenden und gestaltenden Aufgabe im Innern wie auch nach außen. Dabei wird bezüglich der Innenorientierung die Diskussion um die persönliche Freiheit des Individuums gegenüber dem Stellenwert des anzustrebenden Sicherheitsgrades und mit Blick auf die Außenorientierung die Legitimation der Intervention entbrennen.

Eine erfolgreiche Strategie muss eine defensive und eine offensive Komponente enthalten und in ihrer Gesamtheit eine direkte und kooperative sein. Defensiv in dem Sinne, dass bedrohte Infrastrukturen, nichtmaterielle Güter und Teile der Gesellschaft geschützt werden müssen, offensiv mit dem Ziel der aktiven Nachrichtenbeschaffung und der gewaltsamen militärischen und polizeilichen sowie zivilen Ursachenbekämpfung mit dem Ziel der Austrocknung der Konfliktpotentiale. Direkt, weil sie sich gegen die Netzwerke richten, in denen die Rekrutierung, Ausbildung, Unterstützung und Vorbereitung von asymmetrischen Angriffen erfolgen. Kooperativ in dreierlei Hinsicht: Die Aufgabe ist erstens durch die gesamte Gesellschaft zu tragen, zweitens auf nationaler und internationaler Ebene zu teilen und zu koordinieren und drittens ressortübergreifend zu vernetzen. Sicherheitsgewinn als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden, wird im präventiven Bereich entsprechende Erziehungs- und Ausbildungsanstrengungen bedeuten. Insbesondere sollen – so wie heute andere gesellschaftliche Bereiche wie z.B. Verkehrssicherheit, Verbrechensprävention oder Gesundheit mit einer Selbstverständlichkeit Eingang in die Stoffpläne der Schulen gefunden haben – die Bürger unserer Gesellschaften für die neuen Gefahren des

internationalen Terrorismus oder der Gefahren im Umgang mit Informationstechnologien sensibilisiert und auf Vorfälle vorbereitet werden. In diesem Sinne ist Sicherheitsvorsorge nicht zuletzt als kommunikatorischer Prozess in unseren Gesellschaften zu verstehen. Überwachung, Kontrollen und nachrichtendienstliche Tätigkeiten als aktive Komponenten in einem die unternehmerischen und persönlichen Freiheiten tangierenden Bereich müssen in unseren Gesellschaften akzeptiert werden.

**Konsequenzen für die Streitkräfteentwicklung:
Von Streitkräften zu Sicherheitskräften oder Teilspezialisierung?**

Allgemeine Betrachtungen

Streitkräfte sind nur eines der Gestaltungsmittel einer pro-aktiv gestaltenden und umfassenden Außensicherheitspolitik. Aktuell sind diese allerdings immer noch auf die westfälische Ordnung der Staatenwelt mit einer fein säuberlich getrennten Sicht von „innen“ und „außen“ ausgerichtet. Dies bildet sich nicht nur in der nach wie vor scharfen Trennung von Polizei- und Streitkräfteaufgaben ab, sondern zeigt sich auch im Rahmen der gültigen Rechtsgrundlagen und der verschiedenen Orts angelaufenen Diskussion über die entsprechenden Veränderungen auf Verfassungs- und Gesetzesstufe. Was militärisch fachspezifisch längst erkannt und teilweise bereits umgesetzt worden ist, droht im Rahmen der Diskussion auf der normativen Ebene verzögert, wenn nicht gar verhindert zu werden.

Streitkräfte sind daher nach wie vor zu stark auf ganz bestimmte Aufgaben ausgerichtet und spezialisiert: Verteidigung, Stabilisierung und subsidiäre Unterstützungsaufgaben zugunsten der zivilen Behörden sind die gängigen Ausprägungen. Die Herausforderungen für die Streitkräfteentwicklung liegen folglich nicht nur in der Neuausrichtung auf neue Aufgaben, sondern vielmehr in der Verknüpfung von Neuausrichtung und Vernetzung mit den anderen Sicherheitsinstrumenten. Dabei darf das Aufteilen der Inhalte des Begriffes „Sicherheit“ in dessen Teilaspekte lediglich als methodisches Hilfsmittel zur Operationalisierung verstanden werden und keinesfalls die nach wie vor gängige Vorstellung von ressortspezifischen Instrumenten zementieren.

Genau in diesem Punkt zeigt sich trotz ersten Aufweichungserscheinungen im Rahmen der Transformation immer noch das Beharrungsvermögen der Streitkräfte: Der militärische Apparat entwickelt sich nicht in Richtung der oben angezeigten, zukünftigen Erfordernisse, sondern er richtet sich in unseren geo-

graphischen Breitengraden nach wie vor an den von ihm als sehr unwahrscheinlich bezeichneten Fall eines Großkonfliktes klassischer Ausprägung aus. Neue Aufgabenfelder werden daher immer noch wegen dieser unveränderten Optik auf der Grundlage der klassischen Organisationsformen und auf bestehenden, kampforientierten Konzepten und Kompetenzen angegangen. Ebenso ist festzustellen, dass neue Technologien immer noch mehrheitlich in die Fähigkeiten zur klassischen Kriegführung integriert werden.

Nach dem Ende der bipolaren Weltordnung haben sich Streitkräfte in Europa aus den unterschiedlichsten Gründen zwar schrittweise an die neuen Erfordernisse angepasst:¹⁴⁵

- Wandel von Massenheeren der Wehrpflichtigen zu Berufsstreitkräften
- Konstabilisierung der Streitkräfte
- Feminisierung der Streitkräfte
- Multinationalisierung als Ausdruck fortschreitender Entstaatlichung von Streitkräften
- Rationalisierung militärischer Mittel durch Arbeitsteilung und Rollenspezialisierung
- Zivilisierung und Remilitarisierung des Militärs
- Gesellschaftliche Entfremdung

Was hier vordergründig als Anpassung aufgrund neuer, von der Politik zugewiesener Aufgaben oder Notwendigkeiten verstanden werden kann, hat sich in einzelnen Bereichen wie der z.B. im HLS-Rahmen interessierenden Konstabilisierung seit längerer Zeit abgezeichnet. Im Laufe der Entkolonialisierungskämpfe nach Ende des Zweiten Weltkrieges, der ideologisch getriebenen Guerillakriege, die von regulären Streitkräften im Rahmen der Stabilisierungsaufgaben zu leistenden Peace Support Operations oder der Kampf gegen den Terrorismus haben die Entwicklung von Teilen der Streitkräfte in Richtung der Konstabilisierung gefördert. Im Gegenzug haben sich Polizeikräfte in Struktur, Taktik und Einsatz der Mittel im Zuge der Bekämpfung des Terrorismus und dessen Wandels stark an diejenigen der Streitkräfte angenähert. Die bewusste Kriminalisierung des Terrorismus des letzten Jahrhunderts hat dessen Bekämpfung ganz klar als innerstaatliche Aufgabe betrachtet und ihn der Polizei zugesprochen. Mit

¹⁴⁵ Karl Haltiner, „Europas Streitkräfte im Umbruch - Trends und Gemeinsamkeiten“, in Karl Haltiner und Paul Klein (Hrsg), *Europas Armeen im Umbruch* (Baden-Baden, Nomos Verlagsgesellschaft, 2002), S. 7-22

dem Auftreten des „neuen Terrorismus“ mit seinen globalen Ansprüchen und Einsatzgebieten, dem Verzicht auf eine klare politische Forderung und auf die damit verbundene Verhandlungsbereitschaft und seinen schwer fassbaren und sich ständig wandelnden Strukturen hat diese klare Zuordnung an ein Sicherheitsinstrument unmöglich gemacht.

Fähigkeitsprofil für Streitkräfte

Vom stark ausgeweiteten Begriff der Sicherheit und dessen Verschiebung vom Staat auf das einzelne Individuum muss abgeleitet werden, dass sich der Druck erhöht, Streitkräfte in einem erweiterten, ihnen bis anhin nur in Ausnahmefällen zugebilligten Spektrum einzusetzen. Dieses Spektrum kann von sozialen Aufgaben (Ersatzdienstleistungen, solange an einer Dienstleistungspflicht festgehalten wird) über Aufgaben, die dem Allgemeinwohl (Hilfe zugunsten Dritter) oder einzelnen Interessengruppen (Unterstützung von kommerziellen Anlässen) dienen bis zur subsidiären Unterstützung vorhandener, aber aus Kostengründen zu schwach ausgestalteter Sicherheitsinstrumente reichen. Es handelt sich hier letztlich um politische Entscheidungen, die aber immer im Lichte zukünftiger Verwendungen von Streitkräften betrachtet werden müssen. Die Breite der hier dargestellten Aufgaben muss mit einer neuen Verankerung der Streitkräfte in der Gesellschaft einhergehen.

Als Konsequenz aus den eingangs geschilderten neuen Herausforderungen wird es unumgänglich sein, Fähigkeiten aufzubauen, die die Flexibilität, die taktische Überraschung in Form von neuen Konzepten und die Schnelligkeit, mit der auf asymmetrische Gefahren geantwortet werden kann, beinhalten. Konkret bedeutet dies die weitere Verflachung der Hierarchien unter Nutzung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien, die Weiterentwicklung der Modularisierung und der Aufbau kleinster Wirkverbände, weitestgehende Delegation von Kompetenzen auf unterste Stufen sowie die Straffung der Führungsabläufe.

Auf der materiellen und strukturellen Ebene stellt sich zusätzlich die Frage nach der Ausrichtung eines Kleinstaates: Großmacht- bzw. Koalitionsstreitkräfte im „Taschenformat“ für einen autonomen Gebrauch machen weder Sinn noch sind sie zu finanzieren. Autonomie zu vertretbaren Kosten dürfte nur noch auf der Linie einer bewusst asymmetrisch ausgerichteten Streitkraft haltbar sein. Eine die Symmetrie ansteuernde Entwicklung der Streitkräfte dürfte nur noch in einem Bündnis machbar sein.

Die verschwimmende Grenze zwischen innerer und äußerer Sicherheit eröffnet im HLS-Bereich grundsätzlich zwei verschiedene Planungsoptionen für die Streitkräfte. Geht es darum, die äußeren Ursachen innerer Unsicherheit an der Wurzel zu packen, so wäre eine außen orientierte, gestaltende Fähigkeit der Streitkräfte aufzubauen („expeditionary“), die Synergien zwischen militärischen und zivilen Instrumenten (wie z.B. Diplomatie, Neuausrichtung des Attaché-Wesens, Entwicklungshilfe, Wiederaufbauhilfe, Schaffung der sicherheitsbezogenen Grundlagen für Privatinvestitionen vor Ort) bewusst in die Planung einbezieht.¹⁴⁶ Diese Option ist in zweierlei Hinsicht nur in Kooperation umsetzbar. Erstens sind die geographische Dimension, der transnationale Charakter der zu bannenden Gefahren und die nationalstaatlich beschränkt zur Verfügung stehenden Mittel der Grund dafür, dass Maßnahmen nur im Rahmen einer engen internationalen Kooperation in einem Bündnis wirkungsvoll machbar sein werden. Zweitens lässt die Erosion der Abgrenzung zwischen innen und außen nur noch Lösungsansätze zu, die eine enge Vernetzung sämtlicher Sicherheitsinstrumente auf nationaler wie internationaler Ebene vorsehen.

Steht hingegen ein reaktives Konzept, also die Abwehr von Bedrohungen der inneren Sicherheit im Vordergrund, dann dürfte die Konstabilisierung der Streitkräfte und allenfalls eine weitergehende Ausgestaltung als Homeland Defence Force eine vielversprechende Option darstellen. In diesem Zusammenhang wäre zu prüfen, inwieweit eine solche Komponente der Streitkräfte auch für Peace Support Operations geeignete Fähigkeiten aufweisen würde. Auch in diesem Kontext ist die politische Diskussion über die Stoßrichtung und Tiefe einer derartigen Entwicklung zu führen.

Die personelle Komponente: Miliz oder Berufspersonal

Militärtechnologische Entwicklungen werden dazu führen, dass die „Kriegführung“ auf allen Stufen von der physischen auf die intellektuelle, immaterielle Ebene gehoben wird. Entscheidungen werden gesucht, bevor eine physische Begegnung auf dem „Schlachtfeld“ stattfindet. Die Bezeichnungen in Anführungs- und Schlusszeichen weisen darauf hin, dass das künftige (Selbst-)Verständnis, die zukünftigen Rollen der Streitkräfte und die Komplexität von Systemen und Einsätzen bei weitem noch keine klaren Konturen besitzen. Trotzdem kann bereits jetzt darauf hingewiesen werden, dass die künftigen Streitkräfte eine viel stärkere Berufskomponente mit einem zu heute unterschiedlichen Profil für das Personal aufweisen muss. Milizionäre dürften als zivile Fachspezialisten, die im

¹⁴⁶ Siehe hierzu auch den Beitrag von Ralph Thiele in diesem Band.

„Sold“ kommerzieller Industrie- und Dienstleistungsunternehmen stehen, eine neue und anspruchsvollere Aufgabe als heute finden, da Streitkräfte nicht mehr in der Lage sein werden, das verlangte Fachwissen innerhalb nützlicher Frist in der erforderlichen Qualität aufzubauen, zu erhalten und weiter zu entwickeln. Hier könnte sich ein neues Feld für die Miliz öffnen, nicht als Lückenbüßer oder aus Bestandesgründen, sondern weil ein ausgewiesener Bedarf vorhanden ist. Anerkennung intellektueller Leistungsfähigkeit würde dem ohnehin schwindenden Prestige einer zeitraubenden Karriere als militärischer Führer Platz machen.

Wissenschaft und Technologie (W+T) sowie Material

Investitionen werden nicht mehr generell unter materiellen Gesichtspunkten, sondern auch im Sinne von Investitionen ins Humankapital zu verstehen sein. Dies bedeutet einen weiteren Ausbau der militärischen Lehranstalten in den Bereichen militärischer Forschung und Lehre sowie die Unterstützung militärwissenschaftlicher Aktivitäten staatlicher und privater Institute. Konzeptionell wird es darum gehen, die technologischen Fähigkeiten gezielt zur Erreichung der Wissensüberlegenheit zu bündeln und damit anstelle einer Vielfalt materieller Bereitstellungen situativ und maßgeschneidert abrufbare Wissenspotentiale aufzubauen.¹⁴⁷ Diese sollen es ermöglichen, im konkreten Fall rasch die konzeptionelle und materielle Sicherstellung von Einsätzen oder die Neu- und Weiterentwicklung von Ausrüstungsgütern zu ermöglichen. Ein solches Konzept bedingt die Erfassung und Bewertung sämtlicher potentieller wehrtechnischer W+T-Fähigkeiten und Produktepaletten und beinhaltet daher auch ein Auflisten von Dual Use-Gütern, damit über ein umfassendes Potential verfügt werden kann. Diese Verlagerung der inhaltlichen und konzeptionellen Schwergewichte ist zudem in einem internationalen Kontext und im Sinne von Kooperationsbeiträgen zu betrachten.

Einsätze von Streitkräften im Innern oder auch im Rahmen von Peace Support Operations verlangen nach einem abgestuften Vorgehen bei der Gewaltanwendung durch die Truppe. Heute muss sich der Soldat noch zu oft einseitig auf die organisatorische Regelung der Gewalteskalation abstützen: Rules of Engagement (ROE) geben ihm das Instrumentarium zur Regelung seiner Verhaltensweise, den notwendigen Halt und gewissermaßen auch Schutz vor Strafverfol-

¹⁴⁷ Gebhard Geiger, „Die sicherheitspolitische Bedeutung der Mikrowissenschaften und der Mikrotechnik“, in Heiko Borchert (Hrsg), *Potentiale statt Arsenal. Sicherheitspolitische Vernetzung und die Rolle von Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie* (Hamburg; Berlin; Bonn; Verlag E.S. Mittler & Sohn, 2004), S. 24.

gung bei gewaltsamen Einsätzen. Die Technologien für die materielle Unterstützung bzw. Feinstufung von ROE sind heute durchaus vorhanden:

Mit Blick auf die Erkennung von Gefahren und für die Risikoabschätzung sind heute im passiven Bereich verschiedene technische Einrichtungen verfügbar oder zumindest in Entwicklung und im Labor getestet. Detektion von Stoffen wie Sprengmittel, von biologischem oder radiologischem Material in Kleinstmengen oder die Ortung von Waffen ist heute mittels Einsatz von Mikrotechnologien möglich; desgleichen nimmt deren Erkennung auf größere Entfernungen Gestalt an. Im elektronischen Bereich sind Detektion und Verfolgung von Bewegungen einzelner Personen in Echtzeit bereits Realität.

Bezogen auf den Einsatz stehen bereits heute Non-Lethal Weapons oder präziser Less-Lethal Weapons in verschiedenster Form zur Verfügung oder werden weiterentwickelt. In diesem Bereich sind neben den bekannten chemischen Reizstoffen, Blendmitteln oder Schockmitteln Maßnahmen wie der Einsatz von hoch energetischen Mikrowellen (High Power Microwaves) über die Laboranwendung hinaus fortgeschritten.

Legitimationsfrage bei Einsätzen der Streitkräfte im Innern

Bei Einsatz im Innern stellt sich allerdings sehr rasch die politische Frage, wie weit Militär im Sinne von Sicherheitskräften auf Dauer legitimiert werden kann. Eine besondere Schwierigkeit wird darin bestehen, den „Bürger in Uniform“ verstärkt und dauernd in polizeiähnlichen bzw. typischen, der Polizei zuzuordnenden Aufgaben im Innern einzusetzen. Ein lange andauernder und damit zur Regel werdender Einsatz kann den Anspruch, subsidiär zu sein, nicht mehr erheben. Des Weiteren setzt eine Übertragung solcher Aufgaben nicht nur Professionalität im Handeln, sondern auch den der Aufgabe entsprechenden Berufs- und Rechtsstatus des Personals voraus. Bezüglich der Professionalität des Handelns verfügen Milizstreitkräfte zweifelsohne durch ihre Verbundenheit mit der Bevölkerung und dem Staatswesen über sehr gute Voraussetzungen. Kurzfristig, und solange sich keine Fehlleistungen ergeben bzw. Ereignisse nicht zu solchen hochstilisiert werden, wird dieser Einsatz durchaus zur Akzeptanz und Legitimation der Einsätze im Innern beitragen. Professionalität als Berufsstatus verstanden, kann durchaus dazu führen, dass die Streitkräfte als „Repressionsinstrument“ des Staates gebrandmarkt werden könnten, da bei den subsidiären Einsätzen immer wieder Bürger als Akteure betroffen sind.

Ökonomische Überlegungen

Aus ökonomischer Sicht gilt es zu bedenken, dass Milizpersonal wegen seiner aufwendigen Ausbildung für eine ganz andere Aufgabenstellung und wegen der beschränkten Befugnisse die vorgesehenen Polizeiaufgaben viel zu teuer bewältigen wird. Eine Vollkostenrechnung zeigt sehr schnell auf, dass die militärische Besoldung nicht der springende Punkt sein kann, sondern die entsprechenden Opportunitätskosten. Erstens wird der Milizsoldat durch sein Aufgebot zur Dienstleistung während einer bestimmten Zeit als Produktionsfaktor der Wirtschaft entzogen und einer Aufgabe zugewiesen, die er wegen mangelnder Rechtsausstattung nur teilweise ausführen kann. Zweitens: Solange der Milizsoldat im Rahmen seiner Polizeiaufgabe lediglich alarmieren und nur im Rahmen der Notwehr handeln kann, wird parallel dazu die Polizei im Sinne der Bereitschaft zur Intervention nach wie vor beigestellt werden müssen. Es ist daher zu vermuten, dass eine klare Trennung zwischen Polizeiaufgaben und subsidiären Aufgaben sowohl rechtlich, finanziell und bezogen auf die Legitimierung von Streitkräften mittel- und langfristig die tragfähigere Lösung bleiben wird. Hingegen verhindert die zunehmende Verflechtung der Aufgaben im HLS-Bereich die klare Trennung der Zuständigkeiten. Sollen die Mittel zudem wirkungsorientiert eingesetzt werden, dann drängt sich auch eine Überprüfung des durch das föderale Verständnis geprägten „linearen“ Eskalationsmusters subsidiärer Einsätze auf. Entsprechend der Fähigkeiten der Streitkräfte oder der Teilstreitkräfte ist es sinnvoll, diese zu einem Zeitpunkt einzusetzen, zu dem sie die größtmögliche Wirkung erzielen; dies kann durchaus vor der Ausschöpfung vorhandener, lokal verfügbarer Mittel der Fall sein.

Ausblick und Zusammenfassung:

Die politische Diskussion als notwendige Grundlage für die künftige Ausrichtung der Streitkräfte

Was oben stehend angesprochen wurde, erfordert nicht nur eine grundsätzliche politische Diskussion bezüglich der möglichen künftigen Ausrichtung der Streitkräfte. Ebenso ist auf militärischer und sicherheitspolitischer Ebene die Erörterung des Inhaltes des Begriffs „Verteidigung“ zu führen. Gerade in diesen Punkten liegt jedoch die Schwierigkeit: Die zukunftsorientierte Dimension von Sicherheit lässt den Politiker wie den Streitkräfteplaner Gefahr laufen, Sicherheit mit den Erfahrungen von gestern gegen Bedrohungen von morgen für schützenswerte Bereiche von heute anbieten zu wollen.

Wenn es – und die Anzeichen dafür sind vorhanden – stimmt, dass „Verteidigung“ als Ausfluss eines umfassenderen Sicherheitsbegriffes derart weit gefasst werden sollte, wird die Frage nach der Allokation der erforderlichen Kompetenzen und Ressourcen aufgeworfen. Sehr viele Kompetenzen werden aus Effizienzgründen in den Streitkräften nicht länger aufzubauen und mit Blick auf die rasche Entwicklung nicht aufrecht zu erhalten sein. Daran ändern auch Überlegungen zur besseren Nutzung des Potentials der „Miliz“ nichts. Die Lösungsansätze für die Festlegung der Rolle der Streitkräfte im HLS-Bereich haben den Grundmustern „Innenkomponente“ und/oder „Außenkomponente“ sowie „nationale Vernetzung“ und „internationale Vernetzung“ zu erfolgen. Die politische Diskussion betreffend der „Innenkomponente“ dürfte entlang der Argumentationslinien Föderalismus (Polizeihoheit der Kantone und damit grundsätzliche Bedenken gegen Bundesinterventionen), Legitimation eines verstärkten Streitkräfteeinsatzes über längere Dauer und Rolle der Armee geführt werden. Betreffend der Außenkomponente werden die Fragen der Integration, der Grenzen des Mitteleinsatzes zur aktiven Umfeldgestaltung im Rahmen der Außenpolitik sowie die Neutralität zu diskutieren sein. Die Frage der Vernetzung ist auf der nationalen Ebene unter dem Aspekt der nach wie vor zu erarbeitenden Gesamtstrategie, der Neugewichtung der Instrumente und deren vernetzter Führung sowie der Mittelallokation anzugehen. Im internationalen Kontext steht sodann auf der eher technischen Ebene die Überprüfung einer Aufgabenteilung und Rollenspezialisierung im Vordergrund, während auf der politischen Ebene einer Grundsatzdebatte über eine vertiefte Integration als gesamtstaatliche Entscheidung nicht mehr länger ausgewichen werden kann.